

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Zeitungspreis beträgt bei steter Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 3,- M., bei Zustellung unter Streifenland 5,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzustellungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Interessenten können die nachgeschaltete Nonparillestelle oder deren Name 1,20 M., Wortanzahl das selbstdruckte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Teuerungszuschlag 50 Proz. Familien- und Vereinsangehörigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9769

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Aufhebung des Freiwilligen-Bojkotts

Die U. S. P.-Arbeiterräte und die Freiwilligen-Truppen.

Die Fraktion der U. S. P.-Arbeiterräte tagte gestern gemeinschaftlich mit den Betriebsvertrauensleuten und Obleuten, um über die Aufhebung des Freiwilligen-Bojkottbeschlusses zu beraten. In der Besprechung kam allgemein zum Ausdruck, daß man gegenwärtig gegen eine Aufhebung des Beschlusses nichts mehr einzuwenden habe. Nachstehende Erklärung soll der heutigen Vollversammlung vorgelegt werden:

Erklärung.

Der Bojkottbeschluss der Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte gegen die Freiwilligen-Truppen war diktiert von der berechtigten Empörung über das brutale und arbeiterfeindliche Auftreten vieler Angehöriger dieser Formationen. Das proletarische Rechtsbewusstsein mußte sich gegen die ziellosen Gewalttätigkeiten auflehnen, die von der militaristischen Gegenrevolution, her von einer schwachen Regierung unbegrenzte Nachvollkommenheiten in die Hand gegeben werden, gegen das werktätige Volk verübt wurden.

In letzter Zeit hat sich in den Freiwilligenverbänden ein scharfer Gegensatz zwischen den ausgesprochen reaktionären Elementen und den politisch indifferenten und irregulären Angehörigen der Truppen bemerkbar gemacht. Außerdem wird durch die Bestimmungen des Friedensvertrages die Zahl der Freiwilligen stark herabgesetzt. Die Arbeiterschaft hat kein Interesse daran, Hunderttausende dieser Entlassenen der Arbeitslosigkeit auszuliefern und sie damit für die gegenrevolutionäre Propaganda empfänglich zu machen. Die Fraktion der U. S. P.-Arbeiterräte legt daher jetzt keinen Wert mehr auf die Aufrechterhaltung des Bojkottbeschlusses und wird nicht gegen den Antrag auf Aufhebung desselben stimmen.

Der Arbeiterschaft der einzelnen Betriebe bleibt es überlassen, in Sonderfällen, in denen es sich um Personen handelt, die sich in besonders brutaler Weise an Akten des weißen Terrors beteiligt haben und auch jetzt noch an ihrer arbeiterfeindlichen Gesinnung festhalten, selbständig Stellung zu nehmen.

Die U. S. P.-Arbeiterräte weisen in ihrer Erklärung mit Recht darauf hin, daß die Arbeiterschaft kein Interesse habe, die jetzt ins bürgerliche Leben zurückkehrenden Freiwilligen der arbeiterfeindlichen und konterrevolutionären Agitation zugänglich zu machen. Der „Vorwärts“ aber, angeblich noch immer ein Arbeiterblatt, hat ein Interesse, daß eine derartige Stimmung, die veräufert auf unser ganzes politisches Leben einwirken muß, unter den Freiwilligen Truppen aufrechterhalten bleibt. In einer von ungläublicher Geschäftigkeit erfüllten Notiz wendet sich das Blatt gegen die gestern von uns veröffentlichten Ausführungen des Genossen Stahlberg, in denen angefaßt des Stimmungsumschwunges in den Freiwilligen-Truppen einer Revision des Bojkottbeschlusses das Wort geredet wurde.

„Die gerissenen Wölfe“ — schreibt der „Vorwärts“ — „hängen sich jetzt plötzlich ein zahmes Schafsfell um, weil die veränderte politische Situation sie zwingt, sich bei den so schwer beleidigten Liebkind zu machen.“ Die Freiwilligen sollten nun plötzlich verlobt werden. Doch die Rechnung werde falsch sein. Die Freiwilligen-Truppen würden um eine eindeutige Antwort gegenüber denen, die sich jetzt „in ihr Vertrauen einheudeln“ wollten, nicht verlegen sein. Daran werde auch der Erfolg des jetzt verübten taktischen Rückzugs scheitern.

Man steht aus diesen Worten, was der „Vorwärts“ und seine Partei brauchen. Sie brauchen den Haß, der künstlich in den Truppen gegen die Arbeiter groß geschichtet wird, sie brauchen den inneren Unfrieden, gegen den sie sich sonst mit heuchlerisch mahnenden Worten wenden. Der Versuch der U. S. P.-Arbeiterräte, nach dem erfolgten Stimmungsumschwung bei dem größten Teil der Freiwilligen-Truppen ein erträglicheres Verhältnis zwischen ihnen und der Arbeiterschaft herzustellen, wird vom „Vorwärts“ in insamer Weise als Versuch der „Drastischer in der politischen Leitung der Unabhängigen“ sich „williges Stimm- und Aktionsvieh“ zu verwickeln umgelogen. Diese Behauptung kennzeichnet den politischen Tiefstand, auf den das Organ der rechtssozia-

schaffen, umgelogen. Diese Behauptung kennzeichnet es als Schürer und Förderer der inneren Kämpfe in der Arbeiterklasse, als strebhaften Geher zum Bürgerkrieg, bei dem die Arbeiterklasse die Geschäfte der triumphierenden Konterrevolution besorgen soll.

Ausdehnung des Eisenbahnerstreiks im Reich.

Der Eisenbahnerstreik gewinnt im ganzen Reich immer mehr an Ausdehnung. Von heute ab treten die Eisenbahner folgender Direktionsbezirke und Betriebswerkstätten neu in den vollkommenen Streik ein: Hannover, Eiberfeld, Essen, Mainz, Magdeburg, Dortmund, Bielefeld, Darmstadt (60 Prozent) und voraussichtlich auch Cassel. Dadurch ist der Zugverkehr in fast ganz Westdeutschland vollständig aufgehoben. Auch auf die Küstenorte ist der Streik übergesprungen. So streiken in Hamburg und in Danzig eine große Zahl von Handelsmatrosen und von Schiffen.

In Frankfurt a. Main haben die Ausständigen das Telegraphenbureau der dortigen Eisenbahndirektion, ferner die Fernsprechanlage und die Druckerei besetzt, so daß dadurch jeder Verkehr mit den Dienststellen des gesamten Bezirkes unmöglich gemacht ist.

Der Streik hat nur wirtschaftliche Gründe.

Die Streikleitung in Frankfurt a. Main, hat, um allen Verdächtigungen entgegenzutreten, ausdrücklich erklärt, daß die Forderungen lediglich auf wirtschaftlichem Gebiete sich bewegen und daß sie politischen Strömungen keinerlei Einfluß gewonnen werden. Es handele sich durchaus nicht um einen sogenannten „wilden Streik“, sondern die Bewegung liege in den Händen der Organisation. Man werde bestrebt sein, in jeder Weise Schädigungen der Bevölkerung bezüglich der Lebensmittelversorgung zu verhindern.

Nichtsdestoweniger treiben die „Politisch-parlamentarischen Nachrichten“ ihre Verhöhnung weiter und erklären, daß für den ganzen neuen Komplex der Eisenbahnerstreiks politische Mächenschaften „einwandfrei“ festgestellt seien. Für diese Behauptungen wird natürlich nicht einmal der Versuch eines Beweises gemacht.

Der Verkehr ruht in Hannover.

Hannover, 5. Juli.

Zur Streiklage teilt der Deutsche Eisenbahnerverband mit: Zur Zeit ruht der Betrieb im allgemeinen. Nur einzelne Züge verkehren noch. Dem Vernehmen nach wird von heute mittag an alles stillstehen.

Erfolge der Leipziger Eisenbahner.

Leipzig, den 5. Juli 1919.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.
Seit Mittwoch ist der Leipziger Hauptbahnhof mit Stacheldraht umzogen und mit Rotkretzgruppen besetzt. Die Eisenbahner haben daraufhin dem kommandierenden General erklärt, daß sie in einer Versammlung am Sonnabend, falls nicht bis dahin die Truppen und der Stacheldraht entfernt seien, in den Streik eintreten würden. Diese Drohung hat genützt, seit heute ist beides entfernt worden.

Das baltische Abenteuer.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Riga, 4. Juli.

Vom Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Lettlands wird uns unter dem 4. d. M. aus Libau gedrachtet:

Bei Riga sind die deutschen Truppen gestern geschlagen worden. Die Stadt ist von den Letten besetzt. Ein Waffenstillstand ist geschlossen. Wenn die deutschen Truppen Lettland nicht sofort verlassen, drohen weitere Kämpfe. Wenden Sie alles auf, um das schändliche Abenteuer der Militärkamarilla zu liquidieren. J. A.: Dr. F. Meuder.

Ohne Recht und Gesetz.

Als in den ersten Tagen der Revolution die Volksbeauftragten in ihrem Aufrufe an das deutsche Volk der Revolution die gesetzliche Weisung gaben, als sie in diesem Aufrufe mit all den Stützen aufräumten, die sich die Träger des verbliebenen Regimes zu ihrem Schutze in ihren Klammern gegeben hatten, als Belagerungszustand, Gefindeordnung und all der übrige modrige Blunder der kapitalistisch-junkerlichen Herrschaft in die Luft flogen, da schien der Hauch eines neuen Geistes das deutsche Volk zu berühren. Wer ahnte wohl damals, daß das traurige Symbol der verflochtenen bluttriefenden Epoche, daß der Belagerungszustand in so kurzer Zeit wieder eine so frohliche Auferstehung feiern sollte?

Mit dem Belagerungszustand verfiel damals beim Beginn der Revolution von selbst und notwendigerweise eine Einrichtung, die in ihrer Grausamkeit dem Hirne eines mittelalterlichen spanischen Inquisitors entsprungen sein konnte, die Schutzhaft. Das Schutzhaftgesetz vom 4. Dezember 1916 hatte der in Wirklichkeit schon seit den ersten Tagen des Krieges bestehenden Schutzhaft das Mäntelchen eines Rechts umhängen lassen, indem es die Schutzhaft für jeden, der die Sicherheit des Reiches gefährden sollte, für gesetzlich zulässig erklärte. In Wirklichkeit aber konnte dieses Gesetz nichts anderes bedeuten, als die paragrafisierte Gefolgschaft, denn durch diese Einrichtung wurde jemand, der auch nicht die geringste strafbare Handlung begangen hatte, der gegen keines der bestehenden Gesetze verstoßen hatte, nur nach bärer Willkür der Regierung auf unbegrenzte Jahre hinaus hinter Kertermauern festgesetzt.

Als das Moskeregiment kam, war es ein, seiner ersten Maßnahmen, dies unerhörte Schutzhaftgesetz wieder zu neuem Leben zu erwecken. Rasch es doch wunderbar in die Gewalttätigkeit, mit der dieser an den Schürern der Offizierskamarilla tanzen Strohmännchen das deutsche Volk zu beherrschen sucht. Vergebens haben wir immer wieder von neuem darauf hingewiesen, daß der Belagerungszustand und somit auch das nur unter dem Belagerungszustand mögliche Schutzhaftgesetz durch die Aufhebung der alten Verfassung, durch die Revolutionierung des Staatswesens unzulässig und gesetzwidrig Maßnahmen geworden sind. Doch einen so großen Geist wie Roske stört das wenig. Hat er es doch selbst in der Nationalversammlung unmissverständlich ausgesprochen, daß sein Recht die brutale Gewalt ist. Belagerungszustand und Schutzhaft passen deshalb wunderbar in sein System. Sogar aber die Schutzhaftbefehle unter dem wilhelminischen Regime ihre Anordnungen wenigstens noch durch juristische Konstruktionen zu begründen, so verzichtet Herr Roske auch darauf. So heißt es in einem und vorliegenden Schutzhaftbefehl:

... ist revolutionärer Obmann und hat am ... letztmalig an der Sitzung des Komitees der revolutionären Obstände teilgenommen. Er betreibt öffentlich und im geheimen die Propaganda für sofortige Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat.

... arbeitet mitsein am gewaltsamen Sturze der rechtmäßigen Regierung. Unter besonderer Berücksichtigung der gegenwärtigen äußeren und inneren politischen Lage, ist seine Tätigkeit als die Sicherheit gefährdend anzusehen.

So verantwortungslos rechtfertigt ein „sozialistischer“ Minister einen Schutzhaftbefehl. Wo bringt dieses Nachwort den Beweis, der juristisch für die Verhängung der Schutzhaft notwendig ist, daß der Verhaftete gewaltsam am Sturze der Regierung gearbeitet habe? Er will auch nicht mehr wissen, daß auch er einstmals selber für dieses Ziel eingetreten vorgeht? Eine gewaltige Ueberschätzung, die von seinen eigenen Stützen mit häuslichem Nabeln aufgenommen wird, ist es schließlich, zu behaupten, daß die Sicherheit des Reiches von dem Fortbestande der jetzigen Regierung abhängig ist.

Wie in der Begründung solcher unerhörten Verhaftungen mit dem Rechte gespielt wird, so

Neidem Maße bei der unendlichen Anzahl von Verurteilungen wegen Verletzung von Befehlen, die einzig und allein der Sicherung des totalitären Klassenstaates gedient haben. Das die Revolution denn etwa dem deutschen Staatswesen keine andere Veränderung bringen sollen, als daß es die Monarchie durch die Republik ablöse und somit alles beim alten ließe? Das wäre des größten Einflusses nicht wert gewesen! Nein, die Revolution wollte das ganze alte Gezüge des Klassenstaates aus seinen Angeln heben und den sozialistischen Staat der politischen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung an deren Stelle setzen. Durch die Einführung der politischen Gleichberechtigung sind die alten Bestimmungen von Hochoverrat, von Landfriedensbruch, von Mord, die nur dem Schutz der kapitalistischen Mächtigen dienten, von selber ungültig geworden. Neue, der Sicherung der sozialistischen Republik dienende, müssen an ihre Stelle treten. Die alten Bestimmungen aber heute noch anzuwenden, ist vollkommene Gefährlichkeit, ist nichts als Willkür. Trotzdem haben in den letzten Wochen es zwei Gerichte sogar fertig bekommen, Verurteilungen wegen Aufreizung zum Klassenhaß auszusprechen! So wird das „Recht“ in der sozialistischen Republik verhöhlicht.

Die verheimlichte Regierung, die auf Grund des Schwabengesetzes ihre Gewaltmaßnahmen gegen alle ihr Mißliebige ergreifen hat, hat sich damit doch immerhin in gewisser Sinne auf den Boden des Rechts und des Befehles gestellt. Der Regierung Roske aber war es vorbehalten, noch darüber hinauszugehen.

In den letzten Wochen ist die deutsche Arbeiterchaft in ununterbrochener Folge durch Maßnahmen provoziert worden, welche sich nicht einmal an, wenn auch noch so fadensteiniges Gesetz wie das Schwabengesetz oder die aufgehobenen Strafgesetze berufen können. Fast tagtäglich werden Arbeiter, Arbeiterfunktionäre oder sonstige politische Persönlichkeiten verhaftet und müssen tage-, ja bisweilen wochenlang in Gefängnissen schmachten, ohne daß gegen sie ein Haftbefehl ergeht, ja ohne daß sie überhaupt erfahren, weswegen sie verhaftet worden sind. Doch damit nicht genug, es werden Abgeordnete verhaftet, obwohl auch die neue provisorische Fassung ausdrücklich die alten Bestimmungen aufrecht erhält, wonach Verhaftungen eines Abgeordneten während der Sitzungsperiode unzulässig sind, es sei denn, daß sie auf frischer Tat erappt werden. So wurde Genosse Braß in Remscheid, ungeachtet aller Proteste und Hinweise auf die Unverletzlichkeit des Abgeordneten, fast zwei Wochen festgehalten, so wurden weiter in diesen Tagen die Abgeordneten Dr. Sohn und Stöcker von einem Deputierten für verhaftet erklärt, als sie ausunten der feigenommenen Vollzugsratsmitglieder zu interviewen suchten. Das geschieht, obwohl die Regierung und ihre Beauftragten wissen müssen, daß das Verbrechen, einen Abgeordneten von der Ausübung seines Amtes auszuschließen, mit Buchstabe bestraft wird! Wann gedenkt die Regierung, die mit Verhaftungen gegen sozialistische Arbeiter so schnell bei der Hand ist, gegen jene Offiziere einzuschreiten und sie unter Anklage zu stellen, die die obengenannten Abgeordneten verhaftet haben? Nur die Obrigkeit kann auf Antwort warten.

Eine gleichermäßen vollkommen gefesselte Provokation bedeutet die Verhaftung des Bankbeamtenführers Emontz. Nach langem Ködern begründet die Staatsanwaltschaft die Verhaftung damit, daß Emontz eine umfangreiche Propagandatätigkeit im Dienste der kommunistischen Bewegung betrieben habe, daß er für die Ausbreitung des Bolschewismus und die Einführung der Diktatur des Proletariats und für die Aufreizung der Massen zur Weltrevolution tätig gewesen sei. Wo in aller Welt besteht ein deutsches Gesetz, das solche Handlungen mit Strafe bedroht?

Die Justiz der deutschen Republik, sie hat die Kabinettsjustiz des preussischen Absolutismus bei Weitem in den Schatteln gestellt; sie ist schlüssiger als die Willkürherrschaft des russischen Zarismus und ist nur zu vergleichen mit der Willkürherrschaft der französischen Ludwige, die durch ihre Letztdecalog (Verfallensbefehe) tausende Unschuldiger jahrelang in der Bastille einsperren ließen, sie hat es dahin gebracht, daß an die Stelle des Gaffes, den das Aus-

land dem kaiserlichen Deutschland entgegengebracht hat, Verachtung und Spott über das Deutschland der Rechtssozialisten getreten ist. Das deutsche Proletariat aber, daß in der Revolution das Morgengrauen einer wahren Freiheit und wahren Rechtes erblickte, und das selber der Träger dieser Revolution war, es muß heute lauter denn je unter dem Klassenhaß der Justiz und unter der Willkür einer selbstverherrlichenden Regierung leiden.

Hindenburg als Verantwortlicher.

Nachdem Bethmann Hollweg, der Zivilist, sich bereits vor Tagen Hindenburg vor seinen Kaiser gestellt hat, folgt ihm jetzt Hindenburg. Er hat am 4. Juli an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm gerichtet:

Berlin, 4. Juli.

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages gibt mir zu folgender Erklärung Veranlassung: Für alle Anordnungen und Handlungen der Obersten Exekutive seit dem 29. August 1918 trage ich die alleinige Verantwortung; auch sind alle mit der Kriegführung zusammenhängenden Entschlüsse und Befehle Seiner Majestät des Kaisers und Königs seit diesem Tage auf meinen ausdrücklichen Rat und unter meiner vollen Verantwortung gefaßt und erlassen worden. Ich bitte, diese Erklärung zur Kenntnis des deutschen Volkes und der alliierten Regierungen zu bringen.

Das Gerichtsverfahren gegen Wilhelm II.

Rotterdam, 4. Juli.

„Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London, es sei bezeichnend, daß die Stelle in Lloyd Georges Rede, die von der Beurteilung des Deutschen Kaisers in London handele, den größten Beifall gefunden habe.

Die „Times“ schreiben über das Gerichtsverfahren unter anderem folgendes: Eine Kommission werde den Auftrag erhalten, für die Durchführung der Strafbestimmungen Sorge zu tragen. Die Kommission werde alle notwendigen Schritte tun, um sich zu vergewissern, daß der Gerichtshof ordentlich zusammengeht und in die Lage gesetzt werde, sein hohes Amt auszuüben. Dieser Gerichtshof werde die Aufgabe haben, die Strafe zu bestimmen, die er für richtig finde. Die vorherrschende Ansicht gehe dahin, daß die Strafe der Tod oder lebenslängliche Verbannung sein müßte.

Reaktionäre Errungenschaften.

Die Beratung der Reichsverfassung, die gegenwärtig in Weimar vor sich geht, liefert erschreckende Beweise für die von uns oft betonte Tatsache, daß die Rechtssozialisten in dieser Regierung in die allerhöchste Abhängigkeit ihrer bürgerlichen Wächter sind. Nach der Annahme des Friedensvertrages haben wir bereits betont, daß das Ausschleiden der Demokraten es notwendig mit sich bringe, daß die Rechtssozialisten in noch viel größere Abhängigkeit von dem reaktionären Zentrum geraten würden und besonders in kulturellen Fragen wesentliche Zugeständnisse an die Forderungen des Zentrums machen müßten.

Schneller als man ahnen konnte, ist diese Voraussage Wirklichkeit geworden. Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, hat der schwarz-rote Block in der kürzlichsten Frage, in der konfessionellen Schulfrage, ein Kompromiß zustande gebracht, das das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hat. Schon am ersten Juli letzten hat Zentrum und Sozialdemokraten zu gemeinsamen Beratungen zusammen, um sich zu einigen. Denn das Zentrum hatte seinerzeit erklärt, daß es gegen die ganze Verfassung stimmen würde, wenn die Schulartikel der Vorlage stehen gelassen würden. Sie beruhen in der Hauptsache auf Beschlüssen der Sozialdemokratie und der Demokratie, als letztere noch in der Regierung vertreten war. Jetzt, nachdem der Kabinettswechsel, hat sich das Bild völlig geändert. Die Sozialdemokratie braucht das Zentrum und hat nun

auf der ganzen Linie nachgeben müssen. Der preussische Kultusminister Gaenich ist verzweifelt nach Weimar gekommen, um noch zu retten, was zu retten ist. Ist es nicht aber schon zu spät?

Durch dieses Kompromiß ist die konfessionelle Schule in der Verfassung verankert worden, so daß auch diejenigen Bundesstaaten an die Einführung der konfessionellen Schule gebunden sind, die, wie Baden und Württemberg, keine kirchlich-sozialistische Mehrheit haben. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt daher:

„Das Zentrum triumphiert. Die alleinige Koalition mit der Sozialdemokratie hat sich bereits bezahlt gemacht. Wer mit den Schwarzem ist, muß einen langen Woffel haben.“

Triumphiert in dieser Frage das Zentrum und trauern die Demokraten, so triumphieren in einer anderen die Demokraten in Verbindung mit den rechtsstehenden Parteien. Ihnen ist es in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung gelungen, den für ihre Machtstellung außerordentlich wichtigen Beschluß durchzubringen, daß die Wahlberechtigung für die Nationalversammlung von 3 auf 5 Jahre heraufgesetzt wird. Die Reaktionäre, die jetzt mit aller Entschiedenheit die Neuwahlen zur Nationalversammlung verlangen, hoffen die Angelegenheit für sie gegenwärtig sehr günstige Stimmung der Bevölkerung zu einer dauernden Wiederherstellung einer bürgerlichen Herrschaft ausnützen zu können. Die Tatsache, daß dieser Beschluß mit Hilfe des größten Teils der Demokraten gefaßt worden ist, kennzeichnet nicht nur die Natur dieser Partei als einer völlig unter dem Eindruck der Reaktionären stehenden, sondern zeigt auch, daß in allen entscheidenden Fragen die Rechtssozialisten ohne jeden Einfluß sind.

Bedrohung der kommunalen Arbeiterräte.

Der Minister des Innern Heine hat an den Zentralrat eine Verfügung über die Kontrolltätigkeit der Arbeiterräte in den Gemeinden und Landkreisen gerichtet. Heine erklärt, daß die Gemeindevertretung als Trägerin der Selbstverwaltung selbstständig darüber zu entscheiden habe, ob die Kontrolle der Arbeiterräte neben ihrer eigenen Tätigkeit noch erforderlich sei. Bezüglich der Arbeiterräte in den Landkreisen und bei den Landräten macht Heine eine Unterscheidung: soweit es sich um die Ueberwachung der Landräte als Organe der Staatsregierung bei den Geschäften der allgemeinen Landesverwaltung handelt, bleibt die Einrichtung der Arbeiterräte ohne weiteres bestehen. Soweit die Arbeiterräte jedoch als Kontrollinstanz der Kommunalverwaltung der Landkreise in Betracht kommen, haben ebenso wie die Gemeindevertretungen auch die Kreisräte selbstständig zu entscheiden, ob neben ihrer eigenen Tätigkeit die Kontrolle der Kommunalverwaltung des Kreises durch die Arbeiterräte noch erforderlich ist.

Die Regierung, die sich nicht getraut, offen einzugestehen, daß ihr das Bestehen der kommunalen Arbeiterräte ein Dorn im Auge ist, verhängt sich hinter die „selbständige“ Entscheidung der Gemeindevertretungen und der Kreisräte, die bekanntlich in ihrer Mehrheit nicht sozialistisch sind. Die Revolution hatte die kommunalen Arbeiterräte eingesetzt, die Verordnung vom 16. Januar 1919 hat ihre Rechtmäßigkeit ausdrücklich dargelegt, es war daher die Pflicht der Regierung, auf Grund dessen die Fortdauer der Arbeiterräte als zweifellos zu erklären und nicht die Entscheidung der betroffenen Körperschaften zu überlassen. Die jetzige Verfügung der Regierung fordert den schärfsten Protest der Arbeiterschaft heraus.

Durch die jetzige Bestimmung der Regierung wird zudem der Rechtszustand aufs stärkste geschädigt und ein völlig verschiedenartiger Rechtszustand für die einzelnen Gemeinden und Kreise geschaffen. Denn je nach der politischen Zusammensetzung der einzelnen Gemeinde- und Kreisräte werden die einen der kommunalen Arbeiterräte ausprechen und die anderen dagegen.

Museen.

Von Walter Rath.

Wie oft besucht der Großstädter ein Museum? Hand aufs Herz!

Doch nur, wenn er einem Probingsbesuch als Varenführer verpflichtet ist! Außerdem aber wird es durchschnittlich ein- oder zweimal in seinem langen Leben passieren. Das ist eine traurige Tatsache und hat seinen Grund nicht nur in unserer Oberflächlichkeit oder Schnelldigkeit, ist auch nicht mit der Verborugung der Kunst gegen die enge Bühne zu vergleichen, denn die guten Theater sind auch besucht.

Es müssen da also no andere Gründe als nur die Passivität des einzelnen gegen erste geistige Genüsse mitsprechen. Noch immer aber hat sich gezeigt, daß die breite Masse einem Kunstgenuss sehr zugänglich ist und alles Gebotene dankbar begrüßt. Nur muß man die Möglichkeit des Genießens schaffen und das Verständnis dafür wecken.

Ein Haupthindernis ist wohl die ungünstige, bisher ganz unzulängliche Beachtung der Museen, und ich halte es für eine ernste, unumgängliche Pflicht der zuständigen Behörden, diese Zeit für das arbeitende Volk günstiger zu gestalten. Die jetzige Besuchzeit, meist von 10—3 Uhr, mag gut sein für die Studierenden, Wohlhabenden und Museumsangestellten; der kleine Mann, der Arbeiter, Handwerker usw. hat gar nichts davon.

Und Sonntags?

Nun, da haben wohl Menschen, die die Woche über angestrengt sind, anderes zu tun. Wer aber einmal des Sonntags eine unserer Sammlungen besucht, hat keinen Genuß und noch weniger Belehrung davon. Verständnislos geht er an den Objekten vorbei, oder besser, wird von der Hülle der Besucher, zum größten Teil Provinzialen, vordringt und ist froh, wenn er wieder draußen in der freien Luft ist.

Gerade aber der Ueberbesuch an den Sonntagen fordert an sich schon andere Öffnungszeiten der Museen.

Wie es in anderen Ländern schon der Fall ist, bei uns auch längst in den Bibliotheken, so möchte jede öffentliche Sammlung, um diesen Namen mit Recht zu führen, nach Geschäftsfluß (bei

elektrischem Licht) zu beständigen sein. Das wäre schon ein großer Fortschritt; aber noch nicht alles, was erreicht werden muß.

Abendlich müssen Führungen, verbunden mit populären Vorträgen, stattfinden!

Künstler und Gelehrte erklären in Wort und Schrift, daß sie dem neuen Regime zur Verfügung stehen und nicht hinten bleiben wollen bei der Umwandlung des Staates. Hier zeigt sich ihnen ein großes, noch unbeadertes Feld, diese Worte in die Tat umzusetzen.

Für unsere Kunstsammlungen würden sich gewiß Rater und Kunsthistoriker zu solchen Vorträgen bereit finden. Inwiefern der Staat Mittel dazu zu bewilligen hätte, läßt sich in zweiter Linie in Betracht.

Unerschöpflich für solche Vorträge wäre z. B. das Völkermuseum für die verschiedenen Wissenschaftler, aber auch für Kunstgewerbetler usw. Unsere Sammlungen sind so reich und vielseitig, daß für Künstler, Architekten, Wissenschaftler aller Fakultäten, Techniker, Ingenieure und praktisch arbeitende Fachleute ein großes Gebiet der segensbringenden Tätigkeit durch solche Vorträge geschaffen wäre, was dem Volke zugute käme und manche Stunde der Anregung brächte.

Solche Vorträge an Ort und Stelle haben das Gute der Anschauung für sich und sind daher doppelt belehrend. Dem Volk werden die Augen geöffnet; es wird Kunstverständnis und Interesse für die Wissenschaft bis zu einem wünschenswerten Grade geweckt.

Erst so werden unsere Museen einen Zweck haben und nicht, wie bisher, wenig besucht, weil der großen Masse fast unzugänglich, da auf den schönsten Plätzen der Stadt ein ungenutztes totes Kapital darstellen. Und das gilt nicht nur für Berlin, da jede, auch die kleinste Stadt, ihre Sammlung, und diese oft ganz hervorragend, besitzt.

Berechnet man Grundriss, die Sammlung an sich, Verwaltung, Bedienung usw., so stehen wohl diese ungeheuren Summen in keinem Verhältnis zu dem bisherigen Nutzen für die Allgemeinheit, die doch letzten Endes das Geld auszubringen hat, das dafür verausgabt wird.

Was unsere Museen zur Schau stellen, ist meist nur ein kleiner Bruchteil ihres Bestes. Das kommt aber von dem immer wieder beklagten Platzmangel. Aus diesem Grunde werden schon seit langer Zeit, eine unserer reichsten Sammlungen nach einem westlichen Vorbild zu verlegen. Wie weit dieser Plan gediehen ist, weiß ich nicht, daß er aber geradezu schädlich und dem

Interesse des Volkes zuwider wäre, das weiß ich gewiß. Ebenso mögen die Zentralisationsbestrebungen für die Leitung der Museen und für die Studierenden erwünscht sein, volkreundlich aber sind sie nicht.

Zum wenigsten könnten aus den verborgenen, wegen Platzmangel ewig begrabenen Objekten noch nennenswerte Kosten kleine Filialmuseen gebildet werden, die in verschiedenen, sonst nicht bevorzugten Stadtvierteln untergebracht, an sich ansehnliche, aber unbedeutende Sammlungen darstellen würden. Solche Filialmuseen müßten immer in dazu zu errichtenden „Wachhäusern“ untergebracht sein, welche für gewisse Sammlungen überhaupt zu verwerfen sind. Ist es nicht geradezu beschämend, wenn man die durchweg herrlichen, künstlerisch einwandfreien Schöpfungen der prähistorischen wie der „wilden“ Völker betrachtet und dann damit die Räume des Völkermuseums vergleicht, die diese unschätzbaren Sachen beherbergen? Die Architektur schon, so „grandios“ sie nach landläufigem Begriff ist, steht nicht im Einklang zu den Objekten. Himmelstroung aber ist z. B. die glasierte Kachelherde des Treppenaufgangs. Solche schlimmen Beispiele aber beweisen, wie wichtig die Bildung oder richtiger gesagt die Wiederherstellung des verlorengegangenen, ursprünglichen auch bei uns vorhandenen geistigen Geschmacks ist. Die Vorträge Verursacher an Hand unserer Sammlungen aber sind ein wichtiges Mittel dazu. Vor allem aber müßte der sehr des Ausbaues bedürftige Zeichenunterricht der Volksschule — ich sage ausdrücklich: „Volksschule“ — systematisch durch solche Museumsbesuche abgeändert werden. Wodurch können wir hoffen, daß in wenigstens absehbarer Zeit der gute Geschmack nicht mehr als Allerbekanntestes nur einigen Verborgenen zu Besten gegeben, sondern der Ordnung des Tempels beseitigt und allem Volke die Herrlichkeit zu schauen vergönnt sein wird.

Nach Ansicht des antiken Regime waren die Museen „Kavies für Volk“, was im neuen Staats anders sein soll! Die Regierung muß überzeugt werden, daß diese volkstümliche Neuerung ebenso wichtig ist.

Also: demokratisiert die Museen!

Schwarzgelber Theatertraum.

Im Thalia-Theater wurde gestern eine neue Operette „Jungfer Sonnenchein“ mit Beifall aufgeführt, obwohl sie — oder bei diesem Publikum — geradezu weil sie im höchsten Grad erstarrte. Die täglich-musikalischen Autoren, Bernhard Bachmayer und Georg Farno, arbeiteten mir in

*) Wir geben diesen Kuss als Anregung wieder, die nicht neu, aber beachtenswert ist, solange man nicht von der Museumsausstellung zu einer revolutionären Umgestaltung und Verlebendigung aller Kunstsammlungen und aller Kunsthäuser kommt.

Die Redaktion.

Die letzten Kämpfe um Riga.

Das stolze Abenteuer, welches die baltischen Barone mit Peter II. Wladimir und den Grafen von der Goltz beiläufig im Balkan unternommen haben, bricht jetzt unter Blut- und Schandwunden des lettischen Volkes zusammen. Mit Schimpf und Schande werden die deutschen Truppen aus den baltischen Provinzen gejagt, nachdem sie sich als Soldatenehre der feudalen und militaristischen Reaktion erwiesen und durch ihre Schandtaten die Empörung der einheimischen Bevölkerung bis zum höchsten Grade gesteigert hatten.

Die heute früh von uns wiedergegebene Meldung der baltischen Landeswehr spricht vom Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen den Deutschen und der lettisch-estnischen Armee. Es ist indes zu bezweifeln, ob dieser Waffenstillstand von deutscher Seite ernst gemeint ist. In gut unterrichteten Offizierskreisen wird behauptet, daß nach Kurland Truppenverstärkungen geschickt würden; man müsse dort „Reserve“ nehmen. Ueber die wirkliche Lage der Dinge an der Front gibt ein Telegramm aus Kopenhagen vom 2. Juli Aufschluß, in welchem es heißt:

An der äußeren Front sind die Angriffe der Bolschewisten bei Rengburg (etwa 150 Kilometer von Riga) von den national-lettischen Truppen des Obersten Ballod abgewiesen, worauf dieselben die Grenze Litlands überschritten und in Lettgalen vordringen. Im Norden haben die Letten Fühlung mit den Esten, im Süden mit den Litauern, somit besteht eine gemeinsame estnisch-lettisch-litauische Front gegen die Bolschewisten. An der inneren Front: In drei großen Bezirken in der vorigen Woche ist die deutsch-baltische Landeswehr fast vollständig aufgegeben worden. Die Kämpfe bei Riga dauern fort; sie werden hauptsächlich von der reichsdeutschen Eisernen Division und den Freiwilligen-Korps geführt, welche auch die Städte der estnischen und nordlettischen Truppen am Freitag auf der Linie Welhensee-Jägel-Oger unter Anwendung von Giftgasen abwarfen. Die Verluste sind beiderseits groß.

Der Kriegsminister des Kabinetts Reedra, Dr. Wemkin, ist gefangen genommen und nach Korbeltland gebracht. Reedra und die übrigen Minister sind geflüchtet, russische Truppen des Generals Bieden und ein Teil der Truppen des Obersten Wallod, die sich an diesen Kämpfen nicht beteiligten, halten in Riga die Ordnung aufrecht.

In dem in Libau reorganisierten Kabinett: Ilmanis sind 6 fortschrittliche Letten, 8 Deutsche und 1 Jude vertreten. Sozialdemokraten beteiligen sich an der Regierung nicht.

Aus diesem Bericht ist klar ersichtlich, daß trotz der entgegengekehrten Behauptung Russes reichsdeutsche Truppen noch immer gegen Letten und Esten und nicht gegen die Bolschewisten kämpfen.

Die Verbilligung der ausländischen Lebensmittel.

Der Reichsernährungsminister hat folgenden Erlaß an die Freistaaten, Kommunalverbände und Gemeinden gerichtet:

Um die Absichten, die mit der Verbilligung der ausländischen Lebensmittel verbunden sind, zur vollen Durchführung zu bringen, bedarf es einer bereitwilligen Mitarbeit der Gemeinden und Kommunalverbände. Die Preisfestsetzung ist in der Weise erfolgt, daß den Kommunalverbänden die Ware zu billigen Preisen zur Verfügung gestellt wird. Es muß nunmehr dafür gesorgt werden, daß nicht die Zuschläge von Zwischenhändlern und Zwischenhändlern abgenommen werden, welche die Absicht der Verbilligung teilweise unwirksam machen. Auf Grund dessen wird folgendes bestimmt:

Die Gemeinden bzw. die Gemeindeverbände haben für die ausländischen Lebensmittel insoweit die Preise nicht zu erhöhen, als die bereits geltenden Kleinverkaufshöchstpreise für inländische Lebensmittel übereinstimmen, örtliche Kleinverkaufshöchstpreise festzusetzen. Hierbei wird die Beachtung folgender Grundsätze dringend empfohlen:

Bei Reis: Abgabepreis der Reichsstelle an die Kommunalverbände 8,50 M. je Kg.; Zuschlag für Gemeinde und Großhandel einschließlich Fuhrkosten bis zur Geschäftsstelle des

vorrevolutionärer Zeit, nach dem Schema ihrer „Försterkreise“ und des „Musikantenmädel“ — all-wiener Kostüme, das reiche Mädel mit dem goldenen Herzen und der großen Wolken, na und vor allem der liebe hohe Herr. Diesmal ist es der Prinz Eugen, dem noch allerschön vorbereitenden Ostang und Wpuff am Schluß des zweiten Aktes endlich das langermartete Lieb „Prinz Eugen, der edle Ritter“ aus Soldatenteilen entgegenbringt, wobei alle Ballettbeinchen auf der Bühne wippen. Und dann erhält der edle Prinz den Marzschallstab und muß weiter Schlachten schlagen und siegen, immer siegen, aber der Liebe entgegen, denn die ist halt nur für einfache Leute, aber nicht für einen weltberühmten Generalissimus. — ach, es war zu rührend, überhaupt die gute alte Kaiserzeit. Und den Prinzen Eugen spielte ein edler und reicher ehemals königlicher Hofschaffmeister Kurt Schrie, den man sich vom jetzigen Berliner Staatschauspieler eigen ausgeliehen hatte. Zu singen und zu tanzen brauchte er aber nicht, das besorgten die anderen, besonders Betty Feiner, deren Talent freilich mehr im Dramatisch-Parodistischen als im „Sonnen“ liegt. Wie Balzer-Lichtenstein und der noch immer forsche und gesanglich-künstlerisch kultivierte Robert Koppel. Die Vorstellung, die sich nicht nur durch allg. bereitwillige Wiederholungen der musikalisch gangbarsten und dankbarsten Stellen vielzulang ausdehnte, ließ das Publikum in Luft und die Autoren, Darsteller usw. in Blumen schwelgen. Beigrod — Prinz Eugen, Werdun — Kronprinz Wilhelm — wenn schlag in Gehäus das Herz nicht höher, wenn er nicht gerade ein ausgewaschener toter Schurke war?

Das Orchester des Deutschen Opernhaus zu Charlottenburg veranlaßt für gewerkschaftliche und Parteikreise am Sonntag, den 12. Juli d. J., nach 4 Uhr, ein Konzert unter Leitung seines Dirigenten Rudolf Kraselt. Zur Aufzählung gelangen die „Freiwillig-Duettire“, die unvollendete Sinfonie von Schubert und das „Weißerhinger“-Vorpiel. Die Eintrittspreise betragen für Parterre und 1. Rang 1 M., für 2. und 3. Rang 75 Pf., für 4. Rang 50 Pf. — Eintrittskarten sind von heute ab an der Kasse des Deutschen Opernhaus und (in größerer Anzahl für Vereine pp.) beim Orchesterchor zu haben.

Der englische Politiker Lord Lansdowne ist in London, 77 Jahre alt, gestorben. Ursprünglich hieß er John William Sturt. Neben Erbschaften von Licht, Schall, Elektrizität wurde er dadurch berühmt, daß er mit seinem gleichbedeutenden Landsmann Ramsay in der Luft ein bis dahin unbekanntes Gas, das sogenannte Argon, entdeckte. Lansdowne erhielt im Jahre 1904 für seine Verdienste den Nobel-Preis.

Kleinhandlers zusammen je Kg. 20 Pf.; Zuschlag für den Kleinhandel höchstens 30 Pf. je Kg. So ergibt sich ein Pfundpreis im Kleinverkauf von höchstens 2 M.

Bei Hülsenfrüchten: Abgabepreis der Reichsstelle an die Kommunalverbände 2 M. je Kg.; Zuschlag für Gemeinde und Großhandel einschl. Fuhrkosten bis zur Geschäftsstelle des Kleinhandlers zusammen je 20 Pf.; Zuschlag für den Kleinhandel höchstens 30 Pf. je Kg. So ergibt sich ein Pfundpreis im Kleinverkauf von höchstens 1,25 M.

Bei Mehl: Abgabepreis der Reichsstelle an die Kommunalverbände 1,80 M. je Kilogramm; Zuschlag für Gemeinde und Großhandel einschl. Fuhrkosten bis zur Geschäftsstelle des Kleinhandlers zusammen 20 bis höchstens 22 Pf.; Zuschlag für den Kleinhandel 14 bis höchstens 16 Pf. je Kilogramm. So ergibt sich ein Pfundpreis im Kleinverkauf von 82 bis höchstens 84 Pf.

Mittwoch, den 9. Juli

ist in Groß-Berlin Zahlabend. Die Parteigenossen haben hierbei Gelegenheit, die Mitgliedschaft der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ zu erwerben und Anteile zu zeichnen.

Genossen, sorgt deshalb für Massenbesuch.

Für Fleisch und Speck sind die gemäß den Richtlinien der Reichsstelle aufgestellten Kalkulationen zugrunde zu legen. Sie werden in der Regel ermäßigt, daß in kleineren und mittleren Städten das Fleisch, welches zu 7,50 M. je Kilogramm abgegeben wird, zu 9 M. je Kilogramm in den Verbrauch abgegeben werden kann, in größeren Städten, insbesondere wenn Pöschfleisch hinzukommt, zu höchstens 9,50 M. je Kilogramm. — Bei Speck, welcher zu 6,80 M. je Kilogramm abgegeben wird, wird der Verkaufspreis im Kleinhandel überall mit 8 M. je Kilogramm ausreißend bemessen sein. Für Speisefett, welches zu 9 M. je Kilogramm abgegeben wird, sind höchstens die Zuschläge zu berechnen, welche durch die Reichsstelle (Verordnung vom 11. 9. 1918 und Ausführungsbestimmungen vom 20. 9. 1918 und 25. 10. 1918) zulässig sind. Kondensmilch, welche zu 1,50 M. je Maß abgegeben wird, wird zu 1,80 M. in den Verbrauch gegeben werden können.

Bei ausländischen Kartoffeln, bei welchen für alte Kartoffeln der Abgabepreis an den Kommunalverband 20 Pf. je Pfund und Frühkartoffeln 30 Pf. je Pfund beträgt, sind die Zuschläge für Gemeinde und Handel nach denselben Grundsätzen zu berechnen, nach denen am 1. Juli die Preise für Inlandskartoffeln berechnet wurden. Wo bisher Höchstpreise für ausländische und inländische Kartoffeln bestanden, hat eine entsprechende Ermäßigung einzutreten.

Bei den Kommunalverbänden und Gemeinden dürfen Ueberhörsätze aus der Verteilung der ausländischen Lebensmittel nicht erzielt werden.

Es ist dringend zu verlangen, daß sich alle Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Preisfestsetzung von dem Gedanken leiten lassen, die Preise so niedrig wie möglich festzusetzen.

Leider aber läßt uns der Erlaß des Reichsernährungsministers immer noch vollkommen im Dunkeln, wie er sich die angeforderte Verteilung der Kosten, die durch die Verbilligung der Lebensmittel entsteht, auf Reich, Staat und Gemeinden vorstellt und auf welchem Wege sie aufgebracht werden sollen.

Die Beurteilung der ganzen Maßnahme hängt doch schließlich im wesentlichen von der Tatsache ab, wer die Kosten dafür trägt.

Erhöhung der Zuckerpriese.

Am 1. Juli soll eine Erhöhung der Zuckerpriese eintreten, und zwar 2,50 M. pro Zentner. Die Erhöhung wird mit den gestiegenen Produktionskosten und dem Verlust von Anbaufläche verteidigt. Der Entwurf wurde mit den Stimmen der bürgerlichen gegen die beiden sozialdemokratischen Parteien angenommen, womit wieder an diesem Beispiel bewiesen ist, daß auch in einer Koalitionregierung mit sozialistischer Mehrheit alle gegen die arbeitenden Massen gerichteten Maßnahmen durchgeführt werden.

Ruhe in Hamburg.

Hamburg, 4. Juli.

Infolge des ruhigen Verhaltens des größten Teiles der Einwohner ist vom Korps Lettow-Vorbed vom 6. Juli abends ab für das Gebiet des Belagerungszustandes von Groß-Hamburg und Umgebung das Verbot des nächtlichen Verkehrs auf öffentlichen Straßen und Plätzen aufgehoben und die Polizeistunde auf 10 Uhr festgesetzt worden.

Die Durchpeilung der Steuervorlagen.

Weimar, 4. Juli.

Der Reichsausschuß der Nationalversammlung beschloß in seiner heutigen Abend Sitzung die Beratung der Steuervorlage am Montag zu unterbrechen und vom Dienstag ab die zehn Steuervorlagen in erster Lesung zu erledigen. Es ist in Aussicht genommen, nur eine Rednergarnitur zu Wort kommen zu lassen.

Zürföhrung für Kriegsgefangene.

In den nächsten Tagen werden Hunderttausende deutscher Kriegsgefangener in ihre Heimat zurückkehren. Wir sind immer noch eingetretet, daß die Kriegsgefangenen bei ihrer Rückkehr Verhältnisse vorfinden, die es ihnen ermöglichen, ihre Existenz zu fristen, bis sie einen Erwerb gefunden haben. Die Regierung hat jetzt einen Betrag von 150 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, mit dem die hilfsbedürftigen Kriegsgefangenen unterstützt werden sollen. Die Versorgung ist einer Hilfsorganisation, der „Kriegsgefangenenheimkehr“, übertragen worden. Es muß sonderbar an, daß man zu dem Unterstützungswerk eine private Organisation herangezogen habe. Es muß jedenfalls Vorsorge getroffen werden, daß die Auszahlung der Unterstützung an die Kriegsgefangenen in gerechter Weise erfolgt. Vor allem darf sie nicht abhängig gemacht werden von einer politischen Gesinnung. Die Stadt- und Gemeindeverwaltungen wären nach unserer Auffassung geeigneter dazu, weil hier die Vertreter der Arbeiterschaft eine entsprechende Kontrolle ausüben können.

Der Berliner Verkehrsstreik.

Wie wir in unserer heutigen Morgenausgabe mitteilen, haben die Verhandlungen, die der Vollzugsrat zwischen den Vertretern der Berliner Verkehrsunternehmungen und der Streikleitung anbahnte, noch zu keinem positiven Resultat geführt. Die Unternehmer beharren auf ihrem Standpunkt, daß sie keine Zugeständnisse machen könnten. In eine sachliche Erörterung, ob die Unternehmen materiell in der Lage sind, den Straßenbahnern und Hochbahnangestellten entgegenzukommen, ließen sich die Vertreter der Unternehmer nicht ein. Sie stützten sich vielmehr darauf, daß der Hauptausschuß sich in seinem Schiedsspruch zugunsten der Unternehmer entschieden habe, und dabei müsse es bleiben. Ausdrücklich wurde von ihnen betont, daß sich die Unternehmer dem Schiedsspruch auch dann gefügt hätten, wenn er zu ihren Ungunsten ausgefallen wäre.

Damit haben sie also zugegeben, daß die Berliner Verkehrsunternehmungen in der Lage sind, den Streikenden in materieller Hinsicht entgegenzukommen. Es handelt sich für sie also um eine reine Machtfrage. Von der baldigen Wiederaufnahme des Verkehrs hängt aber das gesamte Berliner Wirtschaftsleben ab. Es ist daher zu fordern, daß die Unternehmer ihren Herrenstandpunkt schleunigst aufgeben und den Streikenden entgegenkommen. Nur so ist daran zu denken, daß in Berlin in Bälde wieder geordnete Verkehrsverhältnisse eintreten. Die Unternehmer müssen, unter Vorlage der Geschäftsbücher, unbedingt klaren Aufschluß über die Finanzverhältnisse der Berliner Verkehrsunternehmen geben, damit die Öffentlichkeit prüfen kann, inwiefern den Forderungen der streikenden Angestellten entgegengekommen werden kann. Mit einem bloßen Nein! kommen wir hier nicht weiter. Wenn die Unternehmer glauben, im Recht zu sein, warum scheuen sie sich dann, ihre finanzielle Lage öffentlich darzustellen?

Warum streiken die Straßenbahner?

Von einem Straßenbahner wird uns geschrieben: Die wirtschaftliche Lage der Straßenbahner wird in der Öffentlichkeit vollständig verkannt. Es wird allgemein angenommen, ihre Entlohnung sei so gut, daß eine Aufbesserung der Gehälter nicht erforderlich sei. Der Streik sei total vom Jargon gebrochen worden. Dem ist aber nicht so. Ich verdiene als Ausführender bei achtstündiger Arbeitszeit täglich 14,30 Mark. Da wir jeden fünften Tag frei bekommen, verdienen die Ausführenden statt der ihnen zugewiesenen 400 Mark monatlich nur etwa 370 bis 375 Mark. Davon gehen noch Versicherungsbeiträge ab.

Ich frage nun, ob es bei den heutigen Zeiten möglich ist, daß ein Familienvater mit diesem Lohn auskommt? Kein Mensch wird von uns verlangen können, daß wir im Interesse der Allgemeinheit hungern und Schwänden machen. Unsere Lage muß unbedingt verbessert werden. Wenn die Gesellschaften dazu nicht in der Lage sein sollten, so müßte unter Umständen selbst der Tarif erhöht werden, denn jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert.

Nach unserer Auffassung ist allerdings eine Tarifserhöhung gar nicht erforderlich, denn der Gewinn der Straßenbahnen hatte bis zu den Verhandlungen mit dem Arbeiterverband die schöne Höhe von 124 Millionen erreicht. Wenn die Gesellschaft unsere Forderungen gleich bewilligen würde, bliebe ihr immer noch ein hübsches Einkommen als Reingewinn übrig.

Jedenfalls verlangen wir so gut wie jeder andere Arbeiter eine auskömmliche Bezahlung. Kein Mensch kann von uns verlangen, daß wir anderen zuliebe Rot leiben. Wir sind insofern der schlechten Bezahlung in Schulden geraten, daher ist die Forderung einer Entschuldungsumme durchaus gerechtfertigt. Ich hoffe, daß mein Artikel mit dazu beiträgt, die Öffentlichkeit darüber zu belehren, daß wir keinen wilden Streik führen und daß unsere Forderungen durch die Tarifverhältnisse vollaus befriedigt sind.

Berichtigung.

Die Eisenbahndirektion teilt uns zu der Notiz „Streikbruch und Müll für die Eisenbahn“ erschienen in Nr. 808 unserer Zeitung, mit, daß es unrichtig sei, daß die zum Arbeitsdienst herangezogenen Soldaten einen Tagelohn von 30 Mark erhalten. Sie erhielten von der Eisenbahndirektion nur einen Stundenlohn von 1,20 Mark, also bei achtstündiger Schicht täglich 9,60 Mark.

Gewerkschaftliches.

Neue Zustände in einem kaufmännischen Verband.

Der kaufmännische Verband für weibliche Angestellte, der vorgibt, die Lage der Angestellten besser zu helfen, führt seinen eigenen Angestellten gegenüber den kranken Unternehmerstandpunkt heraus. Monatsgehälter von 175—200 Mark für Angestellte im Alter von 20—30 Jahren sind die Regel. Der Achtundzwanzig, der allgemein eingeführt sein sollte, wird von dieser kaufmännischen Organisation nicht innegehalten. Jeden Donnerstag werden 1/2 Stunden mit einerinhalbstündiger Pause gearbeitet. Der Angestellte n. a. s. i. h. der seit ca. 3 Monaten besteht, wurde indirekt hergestellt, weil er für die Angestellten eine einmalige Wirtschaftsbefehle gefordert hatte. Ein Mitglied des Ausschusses wurde, weil es die Interessen seiner Kolleginnen wahrgenommen hat, nach München strafverurteilt.

Die Ausführenden, die schon monatlang beschäftigt werden, erhalten einen Stundenlohn von 75 Pf. Als vollwertige Angestellte werden sie überhaupt nicht angesehen. An Betriebsversammlungen dürfen sie nicht teilnehmen, ihre Verhandlungspointe jeder Beschäftigung. Sie werden nicht einmal eines Grußes gewürdigt.

Eine Angestelltenorganisation, die so mit ihren eigenen Angestellten umspringt, kann natürlich auch nicht ernsthaft für die Verbesserung der Lage ihrer Mitglieder eintreten. Der kaufmännische Verband für weibliche Angestellte war ja auch bis zur Revolutionszeit nichts weiter als eine Unterstützungseinrichtung und ein Kaffeekränzchen. Erst durch die Radikalisierung der kaufmännischen Angestellten in der Revolutionszeit hat er sich genötigt gesehen, sich wenigstens mit dem Schein einer gewerkschaftlichen Tätigkeit zu umgeben. Die nachdenkenden weiblichen Angestellten werden sich dadurch nicht täuschen lassen. Ihre Interessen werden nur durch den Zentralverband der Handlungsgehilfen Deutschlands ehrlich und erfolgreich vertreten.

Lohnbewegung der Krankentassenangestellten.

Eine Versammlung der Angestellten der Orts-, Jannungs- und Betriebskrankentassen, die am Donnerstag nachmittag im Gewerkschaftshaus stattfand, beschäftigte sich mit dem Stande der Lohnbewegung. Kollege Raing berichtete, daß die Vertrauensleute dem Rat der Ortsverwaltung zugestimmt haben. Danach seien folgende Forderungen einzureichen: Die sofortige Zahlung einer einmaligen Wirtschaftsbefehle von 1500 Mark, sowie eine Gehaltserhöhung

von monatlich 200 Mark, zahlbar ab 1. Juli. Nach kurzer Diskussion wurden diese Forderungen von der Versammlung einstimmig gutgeheißen und die Branchenleitung beauftragt, sie dem Kaiserverband einzureichen. Hierzu ist zu bemerken, daß es sich hier um eine Angelegenheit handelt, die noch im wesentlichen unberührt ist von den allgemeinen Lohn-erhöhungen für Angestellte und Arbeiter seit der Revolution.

Horrende Löhne.

Das unläufige Wüchertum kann sich nicht genug entlasten über die hohen Löhne der Arbeiter. In Wahrheit sind es nur verhältnismäßig wenige Qualitätsarbeiter, die einen Lohn erhalten, den man unter den gegenwärtigen Verhältnissen als einigemmaßen auskömmlich bezeichnen kann. Das Gros der Arbeiterschaft bezieht immer noch wahre Hungerlöhne. Die Firma O. Blumenhals Nachf., Fabrik technischer Präzisionswerkzeuge, 42, beständige einem Angestellten sogar schriftlich, daß es ihr nicht möglich sei, dem Hausdiener mehr als 88 Mark wöchentlich zu zahlen. Und die Firma W. Romy, Spandauer Str. 7, zahlt ihrem Hausdiener 28 Mark wöchentlich, davon geht noch 1 Mark ab für die Krankenkasse. In beiden Fällen sind die Arbeiter länger als 20 Jahre in diesen Betrieben tätig.

Die Beispiele sind bellebe keine Ausnahmefälle. Heute noch werden im Handelsgewerbe Löhne von 40 Mark bis 50 Mark pro Woche gezahlt. Erst in jüngster Zeit war es möglich, den Lohn für Handels-Gehilfen auf 75 Mark pro Woche zu bringen. Hunderte von verheirateten Angestellten müssen sich noch mit einem Wochenlohn von 60 Mark begnügen. Können sie? Nein, es liegt an ihnen.

Groß-Berlin.

Vorbereitungen für den Bürgerkrieg.

In Woltersdorf bei Berlin fand dieser Tage im Restaurant „Kranichberg“ eine Sitzung der Führer der Einwohnerwehr des Ortes statt, an der unter anderem folgende Personen teilnahmen: Dr. Grabbe, Herr Erdmann, Leutnant Erdmann, Direktor Heinze, Dr. Sieburg, Polizeimeister Wede, Eigentümer Koff.

In dieser Sitzung erklärte Dr. Grabbe unter anderem: Das Gefindel kann nur von Eigner, von Kallberge oder über das Wasser kommen. Keine Maschinengewehre stehen auf meinem flachen Dache in guter Bereitschaft. Ich sehe sie schon in Tätigkeit, wenn die Kette noch 5 km entfernt sind. Die Woltersdorfer brauchen wir weniger zu fürchten. Trotzdem müssen aber auch diese unschädlich gemacht werden. Sperren Sie sie ein oder schlagen Sie sie tot oder machen Sie mit ihnen, was Sie sonst wollen. Hier sind sechs kugelerfüllte Leute aus der Einwohnerwehr sind genug für sich. Den anderen ist ja doch nicht zu trauen. Wir müssen uns vor allem darüber im Klaren sein, wer hier am Orte die unzuverlässigen Elemente sind. Auf die Zwischenrufe „Kennen wir“ und „Kennen wir“ wurden dann unter anderem folgende Namen solcher „unzuverlässiger Elemente“ angegeben: ein früherer Maschinist Kästel und Eidenjäger. Sodann wurde in der Sitzung erwähnt, daß die Woltersdorfer Mehrheitssozialisten die geeigneten Leute wären, die die Einwohnerwehr über die unzuverlässigen Elemente unterrichten könnten.

So wird in der zünftigen Weise alles zur Niedermegung der Arbeiter vorbereitet. Bezeichnend für die offenkundig in Woltersdorf herrschenden Zustände ist hierbei, daß gerade die dortigen Mehrheitssozialisten als diejenigen bezeichnet werden, welche den Reaktionsären die Namen der klassenbewußten Proletarier verraten.

So erwerben sich die Mehrheitssozialisten noch den Ehrenkittel, Judasfasse der Revolution zu sein, hinzu.

Abfuhr Arbeitsloser ins Ausland. Ein Arbeitsloser teilt uns mit, daß ein Kommissar des Lichtenberger Magistrats ihn

erklärte, er würde sofort nach dem Auslande abgeschoben werden, wenn er nicht sofort sich Arbeit suche. Der Magistrat hätte schon Listen unverheirateter Arbeitsloser aufgestellt, die bald nach dem Auslande transportiert werden sollen.

Was ist daran Wahres? Handelt es sich nur, wie wir annehmen, um einen Bluff des Beamten? In diesem Falle mühte dem Herrn bedeutet werden, daß er sich solcher Späße zu enthalten habe.

Ein schiefhüftiger Polizeispitzel. Kürzlich berichteten wir über einen Zusammenstoß zwischen Polizeiwachmännern und Einbrechern, wobei der Kupferschmied Robert Marquardt erschossen wurde. Wie sich jetzt herausstellt, hat nicht ein Polizeiwachmann, sondern der Polizeioffizier Banzowski den Marquardt erschossen. Er hat sich selbst der Tat gerühmt. Er ist stolz darauf, schon mehreren Menschen, sieben nennt er, das Leben gerettet zu haben. Dieser anscheinend kranke Polizeispitzel, der ungestraft auf Menschen schießen darf als wäre es Hagen, hat selbst allerlei auf dem Kerbholz und ist mehrheitlich vorbestraft. Daß überhaupt ein Polizeispitzel die Exekution mit ausüben darf, zeigt zugleich, welche herrliche Zustände bei unserer Berliner Polizei jetzt bestehen.

Trauergebetdienste soll am nächsten Sonntag aus Anlaß des Friedens in allen evangelischen Kirchen Preußens abgehalten werden, nachdem man vier Jahre lang Siegesfeiern veranstaltet hat. Die Mitgläubigen an den jenseitigen traurigen Zuständen, die Kriegsheer, werden sich hüten, in Sad und Sünde zu trauern und damit Neue über ihre fürchterlichen Taten zu dokumentieren. Der Trauergebetdienst wird vielmehr dazu benutzt werden, um der politisch ungeschulten Masse den Frieden, den einzigen Ausweg aus dem Dilemma, zu berechnen und sie gegen andere Völker aufzuhetzen. Wodurch das Gland nur vergrößert wird. Die Arbeiterchaft hat keine Ursache zu trauern, sie kämpft.

Mit einer Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren wird sich die Nationalversammlung während der Verhandlungen über die Vermögensabgabe beschäftigen. Vor allem ist eine bedeutende Erhöhung der Fernspreckgebühren — um 100 v. H. — vorgesehen. Die Vorlage wird mit Recht großen Widerspruch hervorzurufen.

Aus den Gemeinden.

Absterbefall. In der letzten Gemeindevertreterung lagen nicht weniger als 23 Beratungsgegenstände zur Erledigung vor. Der Amtsauschluß soll in der alten Stärke beibehalten; an Stelle des Herrn Winter wurde Jabel (S. P. D.) gewählt. Die Jugendpflege soll von der Gemeinde übernommen werden. Zu diesem Zwecke wurde ein Ausschuß eingesetzt, der aus vier Gemeindevertretern und vier Bürgerdeputierten besteht. Aus den Kreisen der Turn- und Sportvereine sollen geeignete Berater hinzugezogen werden. Der zu bildende Sozialisationsschluß besteht ebenfalls aus 4 Gemeindevertretern und vier Bürgerdeputierten. Die Vergebung der Hoflandsarbeiten und des Kleinwohnhausbaus erfolgte nach den Vorschlägen des Bauamtes. Nach den Vorschlägen des Finanz-ausschusses wurde den Hilfslehrkräften an den Volksschulen und den Volksschullehrern eine Teuerungszulage nach den Berliner Sätzen bewilligt.

Panik. Zu stürmischen Auseinandersetzungen, an denen sich auch die Zuhörer durch Jurufe beteiligten, kam es anläßlich des Antrages „Errichtung der Einwohnerwehr“. Während von unsern Genossen in klarer sachlicher Weise unser absehender Standpunkt vertreten wurde, und auch die Rechtssozialisten sich um anzuschließen, erteilen die Ausführungen der Bürgerlichen in wüsten Schimpfereien aus. In der Hauptsache ist es der Arbeiterpartei, der keine Gnade vor den Augen der gestirnten Herren finden kann. Ihr Sprecher, Herr Jörens, erklärte die Mitglieder des Arbeiterrats für faule Weiber, die den Krieg nur mit der Absicht beenden haben um nicht zu arbeiten, die in gut bezahlten Posten auf ihren Lorbeeren, die sie sich bei den Märztrampeln geholt haben, ausrufen wollen. Jedwede Existenzberechtigung spreche er ihnen rundweg ab.

Unsere Genossen fertigten den Herrn Jörens gehörig ab, und setzten durch, daß dem persönlich angegriffenen Genossen Weinroth als Mitglied des Arbeiterrats das Wort zur Verteidigung gegeben wurde. Herr Jörens sammelte zum Schluß allerlei, was wohl so etwas wie Entschuldigung sein sollte. Mit den Mehrheitssozialisten wurde der Antrag abgelehnt. Um aber ein Pfäffchen zu der ihm geschlagene Wunde zu haben, brachten die Herrn durch, daß eine Kommission gebildet wird, die Vorschläge machen

soll über die örtliche Sicherheit bei kommenden Unruhen. Es ist dem Bureauhilfsarbeitern gestellt Antrag auf Neuzugang der Gehaltszüge wurden ohne Debatte angenommen. Den Lehrern und Beamten soll bis zur endgültigen Festsetzung ihrer Bezüge ein Zuschuß von 500 Mk. gezahlt werden. Zum Schluß wurde mit unserer Zustimmung beschlossen, den Rathausbau sofort in Angriff zu nehmen.

Stralau. Am Montag, den 30. 6. 19, an demselben Tage an welchem wir einen Bericht über die Vorgänge im Stralauer Gemeindeparlament gaben, aus welchem hervorgeht, daß der jetzige „Gemeindevorsteher“ Böbling nur durch Kaufhandel seinen Posten erhalten hat, daß der größte Teil der Einwohner nicht anerkennt, die mehr seiner Person mit dem größten Vertrauen gegenübersteht, zeigte es sich, wie berechtigt dieses Mißtrauen ist. Herr Böbling kam in die sonderbare Lage, vor aller Öffentlichkeit in der Gemeindevertreterung erröten zu müssen. Es wurde die Anfrage gestellt, ob es der Gemeindevertretung, speziell der Finanzkommission bekannt sei, daß Herr Böbling, trotzdem er ehrenamtlich angestellt sei und seine Aufwandsentschädigung erst kürzlich mit Rücksicht auf die Teuerung auf 8000 Mk. festgesetzt ist, für sich eine Teuerungszulage von vierteljährlich 325 Mk. in Anspruch genommen habe. Die Mitglieder der Finanzkommission erklärten, daß ihnen nichts bekannt sei und von Teuerungszulage nicht die Rede gewesen sei, nur ein rechtssozialistisches Mitglied der Kommission, Herr Böbling zu trauen. Bemerkenswert ist, daß ein bürgerlicher Gemeindevorsteher Herr Böbling behauptet, daß er zum mindesten politisch unklug gehandelt habe ohne vorheriges Einverständnis mit der Finanzkommission eine Teuerungszulage zu beziehen. Herr Böbling verteidigte sich damit, daß er unter der Teuerung zu leiden habe. Zu beachten ist ferner, daß auch Frau Böbling eine gutbezahlte Beschäftigung hat, trotzdem Herr Böbling die betreffenden Bestimmungen in Folge seiner Tätigkeit bekannt sein müssen. Der Arbeitslosen- und Arbeiterpartei hat bis jetzt noch keinen Erfolg gehabt, Herrn Böbling auf Beachtung dieser Bestimmungen zu bewegen, damit der betreffende Posten für eine Arbeitslose frei wird.

Potsdam. Die letzte Stadtverordnetenversammlung nahm wieder einen stürmischen Verlauf. Auf der Tagesordnung stand der Punkt „Reform der Polizei“. Zu Beginn der Sitzung betonte auch demonstrativ eine große Anzahl von städt. Beamten den Zuschauerraum, um ihren Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen. Durch die Quertreibereien der Deutschnationalen Revolution wurde schließlich der Punkt zur allgemeinen Unzufriedenheit der Tribünen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gestellt. Ein Dringlichkeitsantrag des Genossen Welter fordert für die Ausführenden von Schulkindern in diesen Ferien eine Summe von mehreren Tausend Mark, die auch bewilligt wurden, nachdem Bürgermeister Kauscher erklärt hatte, daß wegen der politischen ungeläuterten (1) Lage die dazu vorgesehenen 500 Kinder nicht in Ostpreußen verschickt werden können. 104000 Mark werden hierauf zum Bau von Holzhäusern bewilligt, um der ungeheuren Wohnungsnot so schnell wie möglich zu steuern. Ein Brief des Gewerkschaftssekretärs fordert von der Versammlung die Bewilligung weiterer Mittel für den Arbeiterrat, der nach Verfügung des Oberbürgermeisters am 1. Juli seine Tätigkeit beenden sollte. Trotz mehrstündiger lärmender Aussprache wurde kein Beschluß dieser Angelegenheit gefaßt. Der Punkt wurde auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Kahl, Berlin. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck: Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 11.

Ledebour

Die II. Auflage

gelangt heute zur Ausgabe

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin NW 6, Abteilung Buchhandel, Schiffbauerdamm 11

Buchhandlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H.

Berlin NW 6

Schiffbauerdamm 11

Bisher erschienen:

Die Wahrheit über die Berliner Straßenkämpfe Preis 35 Pf.

Was ist Sozialisierung

Von Karl Kautsky.

Preis 30 Pf.

U. S. P. D. und Gewerkschaften

Von Rob. Dismann.

Preis 30 Pf.

Annehmen oder ablehnen?

Mit Beiträgen von K. Kautsky, G. E. Graf, C. Dalled, A. Stein, R. Hjerding, S. Haase.

Preis 50 Pf.

Deutschland nach dem Frieden

Von Georg E. Graf.

Preis 30 Pf.

Der Weg zum Sozialismus

Von Otto Bauer.

Preis 50 Pf.

Willst du arm und unfrei bleiben?

Von Luise Fleg.

Preis 30 Pf.

Richtlinien für ein Gemeindeprogramm

Von Em. Wurm.

Preis 20 Pf.

In den nachstehenden Expeditionen werden sofort Potsdam

Botenfrauen Charlottenburg

Berlin

eingestellt: G. G. Fischer, Ostlicher Straße 92, Döbering, Steinmetzstr. 23, Hockebart, Michaelkirchpl. 2.

Wilmersdorf

Tempelhof

Bekanntmachung.

1. Es entfallen auf den Abschnitt 34 der allgemeinen Lebensmittelkarte der Stadt Berlin 150 Gramm lose Suppen auf die Abschnitte 40, 43, 44 zusammen 1 Pfund Graupen und auf den Abschnitt 41 1/2 Pfund Teigwaren.

2. Unter Ausschluss nachträglicher Annahme sind die Anmeldungen vom Sonnabend, den 2. bis zum Dienstag, den 8. Juli 1919, bei den Kleinhändlern abzugeben.

3. Die Kleinhändler haben die Anmeldeabschnitte zu den oben aufgeführten Nummern bei den Großhändlern am 9. Juli 1919 abzugeben.

4. Nicht abgeholte Ware verfällt mit dem 9. August 1919.

Berlin, den 4. Juli 1919.

Magistrat.

4463 Nö. Abteilung für Rohmittel.

Bekanntmachung.

1. Es entfällt auf den Abschnitt 48 der allgemeinen Lebensmittelkarte der Stadt Berlin 1/2 Pfund Reis zum Preise von 0,50 Mk.

2. Unter Ausschluss nachträglicher Annahme sind die Anmeldungen vom Sonnabend, den 5. bis Dienstag, den 8. Juli 1919, bei den Kleinhändlern abzugeben.

3. Die Kleinhändler haben die Anmeldeabschnitte zu den oben aufgeführten Nummern bei den Großhändlern am 9. Juli 1919 abzugeben.

4. Nicht abgeholte Ware verfällt mit dem 9. August 1919.

Berlin, den 4. Juli 1919.

Magistrat.

4464 Nö. Abteilung für Rohmittel.

Werkführer.

Für die von der Stadtgemeinde beabsichtigte Einrichtung einer Holzbearbeitungsfabrik, Bau- und Möbelfabrik sowie Werkstatt für Innenausschleiferei wird

eine erfahrene und bewährte Kraft als Werkführer

für sofort gesucht.

Es kommt nur eine Persönlichkeit in Frage, die durch große Erfolge ihre Befähigung nachweisen kann. Bewerbungen mit Lebenslauf und Gehaltsansprüchen an den Magistrat, Hochbauamt.

Kaukolin, den 9. Juli 1919.

Der Magistrat.

Zahnpraxis Witte

Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 124.

Spez.: Naturgetreuer Zahnersatz. Mäßige Preise.

Kleine Anzeigen

Dauerwäsche wird an-gekauft, gebessert, vergrößert, verkleinert, gereinigt. Reichenberger Str. 7 Born, (Kottbuser Tor), Fernsprechanschl. 14365.

Grammophon verkauft billig Gannack, Neukölln, Tempeltr. Straße 104, vorn II. Treppen.

Kaufe dauernd Spiralschneider aus Werkzeug- und Schnellstahl zyl. Mörser, Meterischem und Vierkantmessern, Centrierbohrer, Reihbohrer, Gewindebohrer, Feilen, Sägeblätter. Zwick, Berlin NO 18, Luedshager Allee 115 II. (Telephon: Alex. 546.)

2 Botenfrauen

für die Touren: Maybachufer, Kottbuserdamm, Birkenstraße u. Friedelstraße, Parisstraße Neukölln, Lohstr. 1.

Wir färben

gut
reell
billig
schnell

In
3-5
Tagen

Paulke-Grundmann Berlin S. 14
Dresdener Straße 34-35, Luisenhof